

Vier Präsidenten für Austrolux

Die 1993 gegründete Österreichisch-Luxemburgische Gesellschaft (ÖLG) soll kulturellem und wissenschaftlichem Austausch dienen. Sie besteht aus jeweils einem Zweig in beiden Ländern mit je einem Präsidenten, über denen wiederum ein "Generalpräsident" amtiert. Doch sogar drei Präsidenten konnten nicht verhindern, dass nach Haider's Sieg mit den EU-Sanktionen dunkle Wolken zwischen Alpenrepublik und Großherzogtum aufzogen. Der Präsident in Luxemburg, Guy Greivelding, teilte nach der Regierungsbeziehung der FPÖ dem österreichischen Botschafter in Luxemburg Josef Magerl mit, die Gesellschaft pflege ab nun "keine offiziellen Kontakte mit österreichischen Regierungsrepräsentanten" mehr. Zudem könne Greivelding einen Orden aus Wien nicht annehmen. Schließlich hätte man "Intoleranz, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus" abzulehnen. Greivelding, der dieses Schreiben auf ÖLG-Briefpapier übermittelte, versäumte allerdings, den Präsidenten des österreichischen Zweiges Othmar Gaber und den Generalpräsidenten Bertrand Kass, deren Namen den Briefkopf neben seinem zierten, von diesem Schritt zu informieren. Die beiden Überraschten beriefen darauf im März letzten Jahres eine außerordentliche Generalversammlung ein, um in einer Resolution Greivelding's Rücktritt zu fordern. Dieser ließ seinerseits im Oktober eine Versammlung zusammentreten und seinen Zweig in "Luxemburgisch-Österreichische Vereinigung a.s.b.l." (LÖV) umbenennen. Seither dient man Kulturaustausch und Wissenschaft gespalten.

Die ÖLG distanzierte sich in einem Rundschreiben von "der demokratischen Unreife des Herrn Greivelding und Genossen". Die LÖV stellte klar, "mit den Damen und Herren der ÖLG" nichts mehr zu tun zu haben. Nur eine Gemeinsamkeit blieb den Präsidenten bei aller Distanz: Sie wollen die Mitglieder. Diese erhielten von der LÖV eine Mitgliedskarte sowie einen Zahlschein und von der ÖLG eine vorgedruckte Erklärung, auf der sie unterschreiben sollten, Mitglieder der "ursprünglichen" Gesellschaft bleiben zu wollen. Wer sich für wissenschaftlichen und kulturellen Austausch zwischen den beiden Län-

dern interessiert, hat nun die Wahl zwischen einer Vereinigung, bei deren Mitteilungen man vielleicht nicht sicher sein darf, ob die Personen auf dem Briefpapier wirklich meinen, was im Brief steht, die allerdings aus ihrer Ablehnung der Haider-Partei keinen Hehl macht, - und einer Gesellschaft, die sich "unpolitisch" nennt, aber durch ihren polemischen Fingerzeig auf die "Genossen" von der Konkurrenz demonstriert, dass sie dies gar nicht sein will oder kann. Vielleicht entscheiden sich die Mitglieder nach ästhetischen Kriterien: Das Logo der ÖLG zeigt die Nationalfarben beider Länder im Kreis, jenes der LÖV bevorzugt die Rautenform.

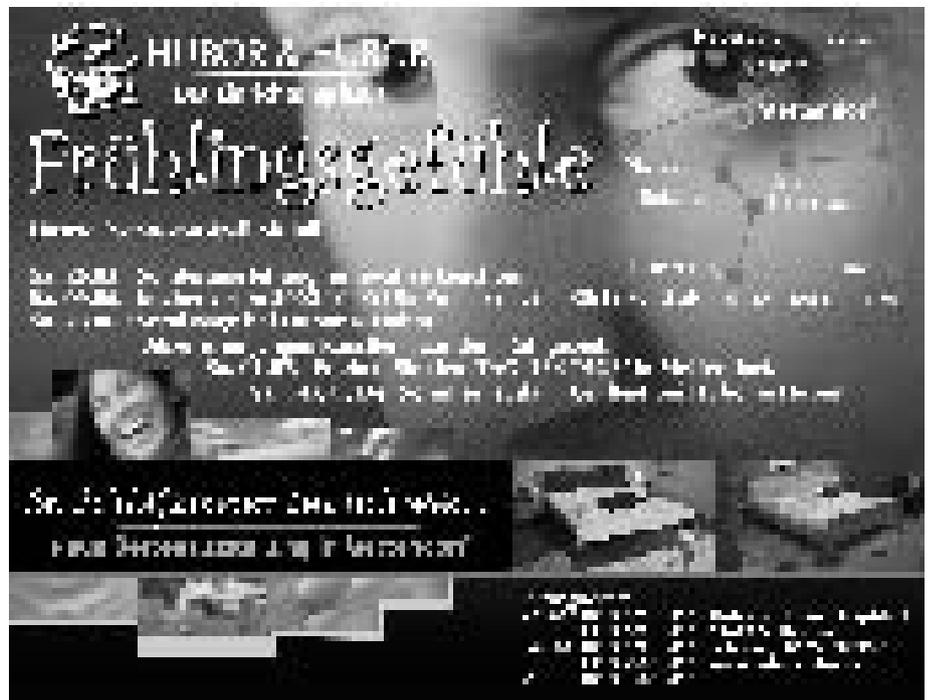
Die luxemburgisch-österreichischen Genossen sahen am 17. Mai im Théâtre des Capucins das Drama "Reigen" von Artur Schnitzler. Darauf trauen sich die österreichisch-luxemburgischen Damen und Herrn immerhin schon im kommenden Oktober wieder in dieses Theater, wo dann eine Ausstellung mit österreichischen Künstlern stattfinden soll. Nachdem die EU-Maßnahmen gegen Österreich aufgehoben sind, können die beiden der Zusammenarbeit zweier Länder verpflichteten Gesellschaften durch ihr gegenseitiges Boykottieren verhindern, dass die Sanktionen der Vergessenheit anheimfallen. Einen unbezweifelbaren Fortschritt brachte der Zwist: Da der vakante Präsidentenstuhl

des bisherigen LÖV-Chefs bei der ÖLG ausgefüllt werden musste, gibt es mit Marc Kass einen weiteren Präsidenten. Nun beschäftigen sich also vier Präsidenten mit den Beziehungen zwischen den beiden Ländern, deren Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen jetzt aufblühen dürften wie in den Tagen der seligen gemeinsamen Herrscherin Maria Theresia. Oder war da schon damals nicht allzu viel?

VZ

Kompromissvorschlag an Israel

Der lateinische Patriarch von Jerusalem, Erzbischof Michael Sabbah, hat in einem Fastenhirtenbrief am 1. März 2001 einen dramatischen Appell an Israel gerichtet, die Unterdrückung der Palästinenser zu beenden. In dem von der Zeitschrift *imprimatur* Nr. 2/2001 dokumentierten Text heißt es wortwörtlich: „Im Hinblick auf die Häuser, die weiterhin Ziele des israelischen Bombardements sind, sagen wir den Israeli: Zerstört unsere Kirchen, aber verschont die Häuser unserer Gläubigen. Wenn ihr um jeden Preis eine Kollektivstrafe verhängen müsst und wenn Lösegeld bezahlt werden muss, um die Ruhe der unschuldigen Kinder und der Familien zurückzubekommen, dann opfern wir unsere Kirchen. Zerstört sie! Wir finden andere Orte um zu



beten und wir hören nicht auf für uns und für euch zu beten.“

m.p.

Kirche geht auf Distanz zum Neoliberalismus

"Der Kapitalismus besitzt die Fähigkeit, sich die Kritiken, die im Laufe der Geschichte an ihm ausgeübt wurden, zunutze zu machen, um jederzeit eine neue Ideologie zu schaffen, der sich viele Menschen ohne Nachdenken anschließen. Zur Zeit kann diese Ideologie unter dem Begriff des Neoliberalismus zusammengefasst werden. Es obliegt uns Bürgern, fortwährend Kritik an dieser dominanten Ideologie zu üben, weil diese Ideologie uns weismachen will, dass alles in Ordnung ist. Wir müssen folglich die neuen Probleme erkennen und zur Sprache bringen." Diese klaren Worte stehen in einer Pressemitteilung, die von der Diözesankommission für die Seelsorge in der Arbeitswelt zum 1. Mai 2001 veröffentlicht wurde und erfreulicherweise auch forum zugestellt wurde. Die Kommission nennt als unmoralische Praktiken der New Economy u. a. die Profitmaximierung, die einzelnen Unternehmern als einziges Ziel ihres Unternehmens gelte, ohne Rücksicht auf Arbeitsplätze und Nachhaltigkeit der Wirtschaftsentwicklung. Auch die Beteiligung der Arbeitnehmer am Aktienkapital wird als Betrug entlarvt, der eher den Interessen der (Groß-)Aktionäre zugute komme als einer produktionsorientierten Unternehmenspolitik im Interesse der Arbeitnehmer. Dasselbe gelte von bestimmten Formen der Arbeitszeitflexibilisierung, die bekanntlich auch von den Gewerkschaften nur unter strengen Auflagen akzeptiert wird.

Die klare Sprache kommt zwar recht spät, wenn man bedenkt, dass die New Economy nicht erst gestern ihren Start genommen hat und der Neoliberalismus auch in der Luxemburger Parteienlandschaft längst seine Anhänger hat, die damit sogar die 1999er Wahlen gewinnen konnten. Doch begrüßen sollte man diese Stellungnahme trotzdem und hoffen, dass sie die Haltung der gesamten, immer noch ein elektorales Gewicht darstellenden Kirche Luxemburgs widerspiegelt.

m.p.